# Stop F/A-18

Autor(en): **Boos, Leo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): **- (1993)**

Heft 20: **Krise crisi crise : Arbeitslosigkeit**

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-584217

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

**Vorlagen, die das Militär betreffen, haben es in sich. Trotz mehr als einer Million Stimmen für eine Schweiz ohne Armee am 26. November 1989 und trotz dem Ende des Kalten Krieges. Auch einige Kollegen sehen noch immer rot, wenn die Armee in Frage gestellt wird, selbst wenn nur 34 neue Kampfflugzeuge nicht gekauft und ein Waffenplatz nicht gebaut werden soll. Denn scheinbar geht es auch um Arbeitsplätze und um den Verlust der letzten paar hundert Gewerkschaftsmitglieder in militärabhängigen Betrieben.**

# STOP F/A-18

VON LEO BOOS

### Vornehme Funktionäre...

Im Herbst 1992 wird Ruedi Steiger, VPOD-Sekretär, ein führender Gewerkschafter, angefragt, ob er bereit sei, in der «GSoA-Zitig» das Rüstungskonversionskonzept des VPOD darzulegen. Nein, das könne er sich nicht leisten, denn dies würde mindestens zweihundert Mitglieder zum Austritt aus der Gewerkschaft bewegen, war seine Antwort.

Als die InitiantInnen im März 1993 in verschiedenen Gewerkschaftszeitungen inserieren wollen, lehnt die VPOD-Zeitung ab, weil die Parole des VPOD noch nicht feststehe. Die SMUV-Zeitung druckt nur ein bezahltes STOP F/A-18-Inserat ab, blockt danach aufgrund «anonymer Anrufe» die weiteren ab.

### ... mutige Bundesratskandidatinnen

Trotz dieser vornehmen Zurückhaltung scheint das Ja der grössten schweizerischen ArbeitnehmerInnenorganisation, des SGB, gesichert. Selbst der SMUV kann sich, nachdem die Armeefrage bei der Bundesratswahl von den Bürgerlichen zur Gretchenfrage für seine Präsidentin, Christiane Brunner, gemacht wurde, höchstens noch eine Stimmfreigabe leisten. Doch wenn nicht alles täuscht, wird das Ja des SGB ein laues bleiben. Eines, das die Chance verpasst, die Ruth Dreifuss in einem Interview des Tages-Anzeigers so zusammengefasst hat: «Ich finde es unvernünftig, heute über drei Milliarden für diese Kampfflugzeuge auszugeben.» (TA, 9.3.1993)

### Vier Vorschläge

Bei der Abstimmung am 6. Juni 1993 stehen nicht allein 34 F/A-18 auf dem Spiel. Vom Ausgang der Abstimmung hängt die zukünftige Rolle des Militärischen in der Schweiz ab. Verliert es endgültig seine Hegemonie? Können in Zukunft Ausgaben für die Armee gleich kritisch geprüft werden wie z.B. die Anschaffung elektronischer Hilfsmittel für die ParlamentarierInnen? Oder kann das EMD durchstarten und ab 1995 seinen Anteil am Bundesbudget wieder erhöhen?
Hier haben die Gewerkschaften ein Interesse einzugreifen. Dazu vier Vorschläge:

1. Das Geld ist vorhanden. Wenn heute 3,5 Milliarden Franken bereit sind, um überflüssige Kampfflugzeuge anzuschaffen, dann kann dieses Geld auch für Dringendes eingesetzt werden. Dabei stehen sicher Massnahmen mit beschäftigungspolitischen Folgen an vorderster Stelle: z.B. ein weiteres Impulsprogramm, eine Weiterbildungsoffensive.
2. Forschung unterstützen. Die FreundInnen des F/A-18-Geschäftes, allen voran die Maschinenindustriellen, locken mit den rund zwei Milliarden Franken, die in die Schweiz in Form von Kompensationsgeschäften zurückfliessen sollen. 20 000 Personenjahre Arbeit würden so gesichert (d.h. 2000 Arbeitsplätze für zehn Jahre; dazu kommen noch rund 700 Mannjahre für die Produktion von F/A-18-Teilen in der Schweiz, die sich der Bund 146 Mio. Franken kosten lässt). Doch damit nicht genug: Diese Kompensationen würden den Markt in Übersee öffnen und der Schweiz einen technologischen Erneuerungsschub bringen. Weniger zuversichtlich war der Bundesrat noch in einer Antwort auf ein Postulat von Yvette Jaggi: «Für Unternehmen, die systematisch Kompensationsgeschäfte eingehen und insbesondere selbst Kompensationsforderungen stellen, ergeben sich längerfristig sehr nachteilige Auswirkungen: Wegen der fehlenden Marktnähe dieser Unternehemen werden zum einen deren Produkte und Produktionsmittel erst verspätet oder gar nicht der Nachfrage angepasst, was unweigerlich zu einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit führt.»
Wenn die Schweiz im internationalen Wettbewerb Rückstände hat, wie die Industriellen behaupten, dann wäre das zielgerichtete Gegenmittel mehr Finanzen in die Fotschung zu stecken. Den Umweg über die Subventionierung der amerikanischen Rüstungsindustrie braucht es dafür nicht.
3. Umorientierung der Bundesverwaltung. Noch immer arbeiten von den rund 35 000 Angestellten der Bundesverwaltung 41 Prozent für das EMD (Zahlen von 1992). Diese Verteilung der menschlichen Ressourcen entspricht in keiner Art und Weise den kommenden Herausforderungen, wie sie die Gewerkschaften verstehen. Ein Stellenabbau, der auch das EMD trifft, ist selbst vom Bundesrat schon angesagt. Hier mehr als nur Besitzstände zu verteidigen, sondern ein Konzept für einen modernen, öffentlichen Dienst zu entwickeln, wäre eine Chance für die Öffentlichen.
4. Rüstungskonversion in die aktuelle Debatte einbringen. Zu diesem Thema haben der SMUV und der VPOD schon Vorarbeit geleistet. Ihre Arbeitsgruppe hat im Mai 1992 der Öffentlichkeit Vorschläge für die Umwandlung militärabhängiger Beschäftigung in zivile Arbeitsplätze vorgelegt. Jetzt ist der Abbau von 1000 Arbeitsplätzen in den eidgenössischen Rüstungsbetrieben angesagt. Hauptproblem ist dabei nicht die mangelnde Phantasie der Leitungen dieser Betriebe. In Wimmis und Altdorf gibt es konkrete Beispiele, wie Arbeitsplätze mittels Umstellung der Produktion gerettet werden können. In Wimmis werden Batterien und in Altdorf alte Kühlschränke entsorgt. Doch statt Freude ob soviel unternehmerischem Geist herrscht im EMD die Angst vor der Konkurrenzierung privater Betriebe. Nur 15 Prozent ihres Umsatzes dürfen die Rüstungsbetriebe mittels ziviler Produktion erwirtschaften.

21.3.93 ■